

## WA16neu Digitale Teilhabe und Jugend schützen – Plattformen in die Pflicht nehmen

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 24.04.2026  
Tagesordnungspunkt: 6. Weitere Anträge

### Antragstext

1 Die aktuelle Debatte um Social Media Verbote für Kinder und Jugendliche ist aus  
2 unserer Sicht zu verkürzt und einseitig. Kinder und Jugendliche haben ein Recht  
3 auf Schutz, aber ebenso auf Teilhabe. Auch im digitalen Raum gelten die  
4 Grundrechte auf Informations- und Meinungsfreiheit. Die UN-  
5 Kinderrechtskonvention umfasst ausdrücklich auch das Recht junger Menschen, an  
6 gesellschaftlicher Kommunikation teilzuhaben. Soziale Medien sind für viele  
7 Kinder und Jugendliche mittlerweile ein zentraler Kommunikations- und  
8 Informationsraum.

9 Gleichzeitig sind die Risiken real. Plattformmechanismen wie endlose Feeds,  
10 algorithmische Verstärkung, gezielte Aufmerksamkeitslenkung und suchtfördernde  
11 Designs können Kinder und Jugendliche belasten, gefährden und in ihrer  
12 Entwicklung beeinträchtigen. Die möglichen negativen Auswirkungen sind bereits  
13 vielfach belegt, von Konzentrationsschwierigkeiten bis zu Schlafstörungen und  
14 Depressionen. Digitale Tech-Konzerne kommen ihrer Verantwortung für den Schutz  
15 junger Menschen aktuell nicht nach. Daher besteht Handlungsbedarf!

16 Unser Ziel ist es, jungen Menschen digitale Teilhabe zu ermöglichen. Dafür  
17 bedarf es jedoch Rahmenbedingungen und Regeln, die Kinder und Jugendliche nicht  
18 zum Spielball der Profitinteressen der Tech-Konzerne machen. Das Spannungsfeld  
19 zwischen Schutz und Teilhabe wollen wir produktiv auflösen und setzen uns für  
20 sichere Social Media Plattformen für alle Altersgruppen ein. Pauschale Social  
21 Media Verbote für Kinder und Jugendliche halten wir als Lösung für das Thema  
22 nicht für zielführend, da wir auch Antworten auf das Recht für Teilhabe junger  
23 Menschen geben müssen. Deswegen erwarten wir von der Kommission, dass sie ihre  
24 Handlungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene konsequent und kurzfristig nutzen  
25 und Jugendlichen die Möglichkeit bieten, sich sicher in den sozialen Medien zu  
26 bewegen. Gleichzeitig erkennen wir an, dass es altersdifferenzierte  
27 Regulierungen und Einschränkungen braucht, solange die jeweiligen Plattformen  
28 unsere Kinder und Jugendlichen nicht schützen. Das Ziel muss aber sein,  
29 gleichzeitig weiter darauf hinzuwirken, die Plattformen parallel auf Kinder- und  
30 Jugendschutz zu verpflichten.

31 Da auch jüngere Kinder sich auf diesen Plattformen tummeln, setzen wir uns für  
32 die Entwicklung von sicheren digitalen Angeboten für Kinder unter 14 Jahren ein.  
33 Diese Angebote sollen unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gestaltet  
34 werden. Für Kinder und Jugendliche sollen nur solche Plattformen zugänglich  
35 sein, die den Anforderungen des Jugendschutzes nach dem Digital Services Act  
36 entsprechen. Plattformen, die gegen diese Vorgaben verstoßen, sollen für  
37 Minderjährige gesperrt werden. Parallel müssen die Betreiber konsequent und  
38 wirksam sanktioniert werden und darauf hingewirkt werden, dass die Regeln des  
39 Digital Services Act eingehalten werden, damit Kinder und Jugendliche nicht in  
40 ihrem Recht zur Teilhabe beschnitten werden.

41 Viele junge Menschen empfinden pauschale Verbotsdebatten zu Recht als ungerecht,  
42 gerade weil analoge Räume für sie vielerorts schwinden. Jugendzentren schließen,  
43 Treffpunkte gehen verloren und freie Räume werden seltener. Wer junge Menschen  
44 zusätzlich pauschal aus digitalen Räumen ausschließen will, verkennt ihre  
45 Lebensrealität. Zugleich haben junge Menschen selbst oft ein hohes Bewusstsein  
46 für die Gefahren und Suchtpotentiale sozialer Medien und fordern Regulierung und  
47 wirksamen Schutz ein. Genau deshalb müssen wir sie auch vor suchtmachenden  
48 Algorithmen, Gewaltbildern, Pornographie und gezielter Desinformation schützen.  
49 Das geht aber nicht über ihre Köpfe hinweg: Wir setzen uns dafür ein, jungen  
50 Menschen in dieser Debatte auf Augenhöhe zu begegnen und sie zu beteiligen.

51 Die Risiken sozialer Medien sind nicht auf junge Menschen beschränkt. Menschen  
52 aller Altersgruppen können anfällig für Desinformation, Abhängigkeit und  
53 manipulative Inhalte sein. Unser Ziel sind sichere digitale Räume für alle  
54 Altersgruppen. Der wichtigste und längst überfällige Schritt besteht deshalb  
55 darin, die Anbieter stärker in die Verantwortung zu nehmen und die bereits  
56 vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten konsequent umzusetzen und auszuschöpfen.  
57 Der Digital Services Act gibt dafür einen klaren Rahmen vor. Plattformen müssen  
58 verpflichtet werden, Risiken wirksam zu minimieren, Schutzmechanismen umzusetzen  
59 und ihre Algorithmen so anzupassen, dass suchtfördernde, manipulative und  
60 entwicklungsgefährdende Wirkweisen eingedämmt werden.

61 Wir fordern daher, dass die EU Kommission und die zuständigen Behörden die  
62 bestehenden Regelungen des Digital Services Act endlich entschlossen anwenden  
63 und durchsetzen. Nicht Kinder und Jugendliche dürfen primär reglementiert  
64 werden, sondern die Anbieter und die von ihnen eingesetzten Mechanismen müssen  
65 wirksam kontrolliert, beschränkt und gegebenenfalls sanktioniert werden. Wo  
66 Konzerne systematisch gegen Schutzstandards verstoßen oder ihre Marktmacht  
67 missbrauchen, müssen auch weitergehende Eingriffe möglich sein – bis hin zur  
68 Zerschlagung übermächtiger Strukturen.

69 Für uns ist klar: Die Verantwortung darf nicht einseitig auf Kinder, Jugendliche  
70 und Erziehungsberechtigte abgewälzt werden.

71 Dennoch ist der Schutz von Kindern und Jugendlichen auch eine Aufgabe der  
72 Erziehungsberechtigten. Deshalb wollen wir weiter darüber informieren, welche  
73 bestehenden Möglichkeiten es bereits gibt, etwa über die im Jugendmedienschutz-  
74 Staatsvertrag angelegten Schutzoptionen. Erziehungsberechtigte sollen besser  
75 erreicht, aufgeklärt und unterstützt werden, damit sie diese Aufgabe gut  
76 wahrnehmen können. Wo weiterer Unterstützungsbedarf besteht, wollen wir passende  
77 Angebote schaffen.

78 Ebenso wichtig ist eine weitere Stärkung der digitalen Medienkompetenz in der  
79 Schule, verbunden mit echter Ermächtigung zur digitalen Teilhabe. Kinder und  
80 Jugendliche müssen in die Lage versetzt werden, Plattformmechanismen zu  
81 verstehen, Risiken zu erkennen und selbstbestimmt mit digitaler Kommunikation  
82 umzugehen. Digitale Prävention, Medienbildung und kritische Plattformkompetenz  
83 sollen deshalb frühzeitig und verbindlich vermittelt werden.

84 Altersüberprüfungen im Internet dürfen dabei nicht zu neuen Risiken führen. Sie  
85 dürfen nicht zum Einfallstor für Überwachung, Datenmissbrauch oder eine  
86 schleichende staatliche Kontrolle des Internets werden. Wo Alterskontrollen  
87 eingesetzt werden, müssen sie datensparsam, anonym und grundrechtskonform

- 88 ausgestattet sein, etwa auf Grundlage datenschutzfreundlicher technischer  
89 Verfahren wie Zero Knowledge Proofs.

## **Begründung**

wa16neu ist die geeinte Neufassung zu wa16 und den Änderungsanträgen